

Das unabhängige und überparteiliche
Sprachrohr von Bürgern für Bürger

Öffentliche Mehreinnahmen müssen für Bürgerinteressen und nicht zur Steigerung von Privatgewinnen eingesetzt werden!

Ab und zu gibt es auch erfreuliche Meldungen aus der Kommunalpolitik: **Die städtischen Einnahmen sind gestiegen!**

63 Millionen höher als 2006 waren die Steuereinnahmen der Solinger Finanzämter im Jahr 2007. 6,6 Millionen Euro bekommt die Stadt vom Land für zuviel abgezogene Solidaritätszuschläge zurück, sowie einen weiteren ähnlich hohen Betrag.

Die Schlüsselzuweisungen vom Land an die Stadt werden im Jahr 2008 laut Ex-Kämmerer Schneider um 20 Millionen Euro steigen!

Also Grund zur Freude für die Solinger Bürger? Fehlanzeige!

Grund zur Freude haben private Gewinner, die sich an städtischen – und damit unseren – Geldern bereichern, mit eifriger und freundlicher Hilfestellung der Verwaltung und der großen Koalition aus CDU und SPD im Rat:

Aus dem Inhalt:

Unsere Ratsgruppe informiert

- Öffentliche Mehreinnahmen für Bürger einsetzen! S. 1
- Wer die Armut wirklich bekämpfen will – der muss Hartz IV bekämpfen! S. 2
- Die angespannte Personalsituation bei Jugendamt und ASD muss dringend entschärft werden S. 3
- Busfahrpläne nachbessern!
NEIN zu verkaufsoffenen Sonntagen S. 4
- Wir zahlen nicht gebrauchte Gelder zurück! S. 5
- Wir stellen uns vor S. 8

Aktuelles von SOLINGEN AKTIV

- „Hofgarten“ – mehr Fragen als Antworten S. 5
- Erfolgreiche Warnstreiks im öffentlichen Dienst S. 6
- Interview mit einer aktiven Gewerkschafterin S. 7
- 15 Jahre Brandanschlag S. 13
- 14 Monate vor der Wahl: Wer will mit wem? S. 14
- Zur Diskussion um die Partei „Die LINKE“ S. 15
- Eine neue Art von Kommunalpolitik S. 16



- **26 Millionen** gehen im städtischen Haushalt 2008 allein als Zinszahlungen an die Banken und Sparkassen – acht Prozent der Gesamteinnahmen der Stadt!
- **1,5 Millionen** hat die Stadt mit dubiosen Zinsgeschäften an die Deutsche Bank verzockt! Immerhin klagt sie jetzt dagegen!
- Aus den Gewinnen der teilprivatisierten Stadtwerke gingen knapp **eine halbe Million** Euro an die Aktionäre der privaten MVV – statt wie in früheren Jahren an die Stadt.
- Millionen werden für externe „Gutachter“ ausgegeben: **1,2 Millionen** für die geplante Fusion der Stadtwerke mit Velbert und Remscheid, Hunderttausende in das Bädergutachten, **400 000 Euro** sind für das Gutachten zur Einsparung im Jugendbereich geplant ...
- **3 Millionen** wird die Stadt ab 2009 als völlig überbezahlter Mieter für das neue Rathaus ausgeben – eine Schuldenfalle für die nächsten 30 Jahre.

Und nicht zuletzt wurde Ex-Kämmerer Schneider für diese „Leistungen“ mit einem neuen Pöstchen belohnt, das die Solinger Bürger weitere **120 000 Euro pro Jahr** kostet!

Das ist Umverteilung von unten nach oben!

Zur Finanzierung dieser Umverteilung wurden im Gegenzug die öffentlichen Leistungen für die Bürger hinten und vorne gekürzt: bei Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Bädern, 3 Millionen Euro weniger für die

Fortsetzung auf S.2

Fortsetzung von S.1

Jugendarbeit, Ausdünnung des ÖPNV-Fahrplans, geplanter Reallohnverlust bei den städtischen Beschäftigten, keinerlei Entlastung für die Armen dieser Stadt, die Hartz-IV-Empfänger usw.

Wir meinen: So nicht!

Öffentliche Gelder müssen für die Bürger dieser Stadt eingesetzt werden! **SOLINGEN AKTIV** steht für einen grundlegenden Kurswechsel: statt den Reichen noch weitere Pfründe aus öffentlichen Kassen zu sichern, sollen öffentliche Gelder im Interesse der Mehrheit der Bürger eingesetzt werden!

Dafür müssen wir Solinger selbst aktiv werden!

Wer die Armut wirklich bekämpfen will – der muss auch Hartz IV bekämpfen!

(Redebeitrag zur Ratssitzung am 21.2.08):

Nachdem der **Armutsbericht** – obwohl er vieles gar nicht erschöpfend behandelt – uns mit wirklich erschreckenden Zahlen konfrontiert hat, fordern wir den Rat auf, für diese Menschen, besonders die Kinder, eine bessere soziale Absicherung anzustreben. Viel wurde in den letzten Monaten über dieses Thema diskutiert, heute kann der Rat beweisen, ob er es ernst meint; ob er **ernst macht** mit der Bekämpfung der Armut, vor allem der Kinderarmut.

Zweifellos wird dieses Problem durch die vorliegenden Anträge nicht grundlegend geändert. Aber ihre Umsetzung könnte zumindest an Kernpunkten Abhilfe schaffen, die Situation der Betroffenen zumindest geringfügig erleichtern und ein Zeichen setzen, hier ernsthaft aktiv zu werden.

Sie werden nicht die Armutspolitik, die auf Landes- und Bundesebene gemacht wird und besonders mit den Hartz-Gesetzen verschärft wurde, abmildern. Ich möchte aus einer Beurteilung des Solinger Armutsberichtes durch den Solinger DGB Vorsitzenden Prof. Dr. Jörg Becker zitieren:

„Armutsbekämpfung macht nur dann Sinn, wenn man sie von Grund auf bekämpft. Tut man das nicht, betreibt man nur eine mühsame Mangelverwaltung. Man hätte diesem Bericht zumindest an der einen oder anderen Stelle eine klein wenig Kapitalismuskritik gewünscht! Wer wie unsere Stadtväter seit vielen Jahren den Sozialabbau fördert, ..., das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernsthaft angeht ..., die Bildungslandschaft vergammeln lässt, ... und eine Steuerpolitik zugunsten der Arbeitgeberseite betreibt, darf sich beim besten Willen nicht über ansteigende Armut wundern.“

Das ist beschämend!

Circa 22. 000 Menschen in Solingen sind von Armut betroffen. Davon schätzungsweise zwischen 3. 000 und 7. 500 Kinder. 15. 296 Menschen bekommen Arbeitslosengeld II (Hartz IV) oder Sozialgeld und 1. 432 Menschen Grundsicherung im Alter oder bei zu geringem Einkommen. Besonders armutsgefährdet sind Kinder allein erziehender oder nicht arbeitender Eltern. Dazu kommen mangelnde Bildung, fehlende soziale Bindungen und Ausgrenzung – hauptsächlich bedingt durch das fehlende Geld.

Wir sind der Ansicht, dass der Rat der Stadt sich dafür einsetzen muss, dass die **Regelsätze sowohl bei Hartz IV als auch bei der Grundsicherung deutlich erhöht** werden. Besonders bei **Kindern** sind die **Regelsätze** gravierend zu niedrig. Die Erhöhung ist auch eine Forderung der Wohlfahrtsverbände.

Diese Tagessätze, bisher betragen sie 60-80% des Regelsatzes eines Erwachsenen, reichen nicht aus, um neben der Ernährung auch noch Kleidung oder Schulbedarf zu sichern. Insbesondere trifft heute viele Familien hart, dass die Einmalleistungen für Kinder, die die frühere Sozialhilfe noch vorsah (Krankheitskosten, Schulbedarf, Weihnachtsgeld...), gestrichen wurden. Allein bei der Einschulung eines Kindes fallen Kosten von mindestens 150 Euro an. Dieses Geld anzusparen ist jedoch für Hartz-IV-Empfänger unmöglich. Auch von dem für Hartz IV-Empfänger vorgesehenen Betrag von 76 Euro pro Monat für die Ernährung eines Kindes könnten die Eltern unmöglich die 50 Euro für das Schulmittagessen bezahlen. Darauf bezieht sich die **Bundesratsinitiative**. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 3317c. Dass man diesen Punkt gar nicht behandeln will, zeigt, dass hier offenbar Lippenbekenntnisse ausreichen. Denn in der Realität hat sich durch verschiedene Initiativen noch gar nichts geändert.

Vernünftiges Wohnen muss möglich gemacht werden!

Zu den großen Problemen zählt auch das **Wohnen**. Auf dem Wohnungsmarkt gibt es kaum noch kleinere oder günstige Wohnungen, die den Vorgaben für Leistungsempfänger (299,70 Euro Miete + Nebenkosten für 1

Impressum

Ratsgruppe **SOLINGEN AKTIV**

Gabi Gärtner und Regine Weiß
Büro: Klemens-Horn-Straße 3,
42655 Solingen

Fortsetzung auf S.3

Fortsetzung von S.2

Person) entsprechen. Das hat zur Folge, dass immer mehr Menschen von ohnehin **geringen Regelsätzen** (347 Euro) auch noch die **Miete teilweise bezahlen müssen**. Auch die im Jahre 2006 erhöhten Heizkostenzuschüsse von 1,24 Euro pro Quadratmeter/Monat sind von der **rasanten Preisentwicklung** längst überholt worden. Es wäre in diesem Zusammenhang besonders sinnvoll, den in Bielefeld beschlossenen „**Klimabonus**“ auch auf Solingen anzuwenden. In billigen, oftmals schlecht isolierten oder nicht mit Isolierverglasung ausgestatteten Wohnungen, ist mit diesem Heizkostensatz auf keinen Fall auszukommen. Besser wäre es, auch Hilfeempfängern zu ermöglichen, in Wohnungen mit geringerem Energieverbrauch einzuziehen.

Wir fordern die Verwaltung auf, diese **kommunalen Obergrenzen für angemessene Heiz- und Nebenkosten den Preissteigerungen anzupassen** und einen **Klimabonus** einzuführen.

Für **SOLINGEN AKTIV** gilt trotz dieser richtigen und wichtigen Umsetzungsänderungen die Forderung der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV: **Hartz IV muss weg!**

Alle zwei Wochen am Montag ...

So kann es nicht weiter gehen! Sicher haben auch Sie einen Grund, montags auf die Straße zu gehen. Herzlich willkommen bei der SOLINGER MONTAGSAKTION gegen Hartz IV!

**Wir treffen uns 14-tägig montags,
18.00 Uhr am „Woolworth“!
Sagen auch Sie Ihre Meinung!
Diskutieren Sie mit uns !**

Je mehr Unterstützer und Unterstützerinnen die Montagsaktion hat, umso wirkungsvoller wird sie sein

Wir freuen uns auf Sie!



Jugendamt und Allgemeiner Sozialer Dienst brauchen mehr Personal!

Immer mehr Eltern sind überfordert bei der Erziehung ihrer Kinder und es ist positiv zu bewerten, dass sich zumindest viele von ihnen an die betreffenden Stellen um Hilfe wenden, bevor die Situation irreparabel eskaliert. In den letzten Jahren stieg die Zahl dieser Fälle drastisch an. Wartezeiten von mehreren Monaten auf einen Termin bei Erziehungsberatungsstellen und schulpсихologischen Diensten sind jedoch die Regel.

Gleichzeitig war auch eine Zunahme der Fälle zu bemerken, in denen auf Anregung von außen – Nachbarschaft, Schule, Kindergarten – eine Intervention durch das Jugendamt erforderlich wurde.

Eine der möglichen Ursachen liegt unserer Ansicht nach sicherlich in der Verarmung und Überschuldung immer größerer Teile der Bevölkerung. Immer mehr Menschen suchen in den Schuldnerberatungen um Hilfe nach, müssen aber auch hier wegen der mangelhaften Personalausstattung dieser Einrichtungen unzumutbar lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Finanzielle Probleme sind neben Perspektivlosigkeit im Zusammenhang mit Verlust des Arbeitsplatzes oft Gründe für innerfamiliäre Auseinandersetzungen, bei denen leider allzu oft die Kinder Opfer sind. Kinder reagieren unmittelbar auf solche Problemanhäufung und werden ihrerseits auffällig – oft auch durch aggressives Verhalten.

Jedoch lehnen leider immer noch viele Eltern, die Hilfen zur Erziehung ihrer Kinder dringend benötigen würden, diese ab, weil sie es als unangemessene Einmischung in ihre privaten Angelegenheiten sehen. Erst wenn überhaupt nichts mehr geht, stimmen sie notgedrungen zu. Dann ist es aber oft schon zu spät für begleitende Hilfen und es bleibt nur noch die Heimunterbringung.

Eigentlich müsste viel früher verstärkt der Kontakt zu Eltern auffälliger Kinder hergestellt werden, um frühzeitig helfen zu können. Deshalb ist die Einsparung von Mitarbeitern bei Jugendamt und sozialen Diensten auf die Dauer für die Stadt erheblich kostenträchtiger. Entscheidend ist ebenfalls, dass nicht weiter an sozialen Einrichtungen wie den Jugendtreffs, der Kinderbetreuung usw. gespart wird, so wie die sozialen Grundprobleme unserer Gesellschaft angegangen werden. Langfristig zahlt sich diese Kürzungspolitik für die Familien, Kinder und Zukunft unserer Stadt – aber auch im wörtlichen Sinne – nicht aus!

Wir fordern, dass beim Jugendamt und beim Allgemeinen Sozialen Dienst die tatsächlich erforderliche Anzahl qualifizierter Mitarbeiter wieder erreicht wird und für längerfristige Erkrankungen der Beschäftigten eine Vertretungsreserve geschaffen wird.

Die geänderten Busfahrpläne müssen nachgebessert werden!

(Redebeitrag zur Ratssitzung am 21.2.08)

Immer noch erreichen uns Beschwerden von Bürgern, die durch die geänderten Busfahrpläne in ihrem Alltag Probleme haben. Da viele Firmen inzwischen durchgängig in Schicht arbeiten, müssen auch an Samstagen und Sonntagen Beschäftigte bereits vor 6 Uhr zu ihrem Arbeitsplatz fahren, beziehungsweise sich erst nach 22 Uhr oder um 6 Uhr morgens auf den Heimweg machen. Eine Rundreise durch Solingen mit dem Nachtexpress nimmt sehr viel mehr Zeit in Anspruch und bedeutet, dass ein ohnehin schon anstrengender Arbeitstag unnötig verlängert wird. Desgleichen ist es für ältere Menschen eine starke Einschränkung ihrer Mobilität, wenn Haltestellen nach 22 Uhr nicht mehr angefahren werden. Aus Angst vor einem längeren Fußmarsch in der Dunkelheit schränken sie daher ihre sozialen Kontakte eher ein. Das Angebot, vom Bus aus ein Taxi für den Rest der Strecke bestellen zu können, ist zwar für einige Leute sicher hilfreich, nicht aber für die Menschen, die im Alter von Grundsicherung leben müssen. Die können sich nämlich auch die 5 Euro



für das Taxi nicht leisten. Etwas anderes ist es mit den Linientaxen, die durchaus positiv gesehen werden. Wir haben nichts dagegen, durch Erhebungen und Fahrgastzählungen zu genaueren Daten zu kommen. Wie eine Fahrgasterhebung aber durchgeführt werden soll auf Linien, die es nicht mehr gibt, ist uns irgendwie ein Rätsel. Deshalb möchten wir uns doch dem ursprünglichen Antrag der Grünen anschließen und fordern dringend weitere Nachbesserungen in diesem Sinne.

Zu verkaufsoffenen Sonntagen sagen wir auch weiterhin: NEIN!

(Redebeitrag zur Ratssitzung am 21.2.08)

SOLINGEN AKTIV lehnt auch dieses Jahr wieder die verkaufsoffenen Sonntage ab. Weder wird den Stadtfesten geschadet, wenn sie nicht stattfinden, noch haben sie sich in den letzten Jahren als wirkliche Stärkung des Solinger Einzelhandels erwiesen.

Zudem vertreten wir hier den gewerkschaftlichen Standpunkt, der sich aus Sicht der Beschäftigten gegen die weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ausspricht.



Die Arbeitnehmer – oftmals Arbeitnehmerinnen – sind durch die extreme Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ohnehin enorm belastet (bis 22.00 Uhr, an den Wochenenden usw.). Auch diese Familien haben ein Recht auf ein Wochenende.

Vielfach gab es Aussagen des Einzelhandels nach den verkaufsoffenen Sonntagen im letzten Jahr (wie z.B. das Solinger Tageblatt berichtete), dass sich auch aus ihrer Sicht diese Maßnahme nicht wirklich lohnt. **SOLINGEN AKTIV** wird also gegen die Vorlage stimmen.

SOLINGEN AKTIV zahlt eingesparte Fraktionsgelder an Stadt zurück

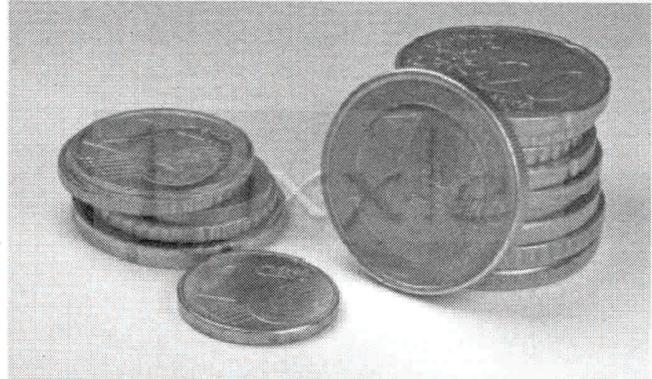
Nachdem im vergangenen Jahr der Landtag in Düsseldorf beschlossen hat, dass auch kleine Ratsgruppen die so genannten Fraktionsgelder erhalten sollen, schlugen in Solingen die Wogen hoch. Denn SOLINGEN AKTIV bekommt nun auch pro Jahr 41.000 Euro. Als erste Zahlung bekam die Ratsgruppe für die Monate November, Dezember und einen Teil des Oktobers 2007 im Dezember 8.419 Euro ausgezahlt.

Davon wurden für die Stadtratsarbeit dringend notwendige Anschaffungen gemacht. Wie zum Beispiel Computer, die bisher von den Mitgliedern ausgeliehen waren. Auch konnte nun die Ratsgruppe in dem bisher von den Mitgliedern angemieteten Büro die Räume für die Ratsgruppe selbst finanzieren.

Getreu dem Grundsatz des Wahlbündnisses, sparsam zu wirtschaften für das Wohl des Bürgers, hat die Ratsgruppe SOLINGEN AKTIV nun den nicht verbrauch-

ten Betrag aus 2007 in Höhe von 2.194,58 Euro wieder an die Stadt Solingen zurück überwiesen, anstatt das Geld für unnötigen „Luxus“ auszugeben. Die genaue Abrechnung über das verbrauchte Geld kann jederzeit im Büro von SOLINGEN AKTIV eingesehen werden.

Die Ratsgruppe SOLINGEN AKTIV und mit ihr das gesamte Personenwahlbündnis vertreten nach wie vor



die Meinung, diese „Ratsgelder“ können durchaus um 50% reduziert werden. So könnte man, in der prekären finanziellen Situation der Stadt, Kosten dort einsparen, wo die Ausgaben nicht unbedingt nötig sind, anstatt auf Kosten der Bürger zu „sparen“. Wir fordern auch die anderen Ratsfraktionen auf, sich einmal zu überlegen, wie sie auf eigene Kosten sparen können.

Karstadt und „Hofgarten“ – mehr Fragen als Antworten!

Geradezu schäbig und skrupellos hat sich Karstadt aus Solingen verabschiedet:

- von den 120 Beschäftigten, die große Opfer brachten in der illusionären Hoffnung, dadurch ihre Arbeitsplätze zu retten und die jetzt ohne Arbeitsplatz dastehen;
- von den Kleinhändlern im Parkhaus und der Karstadt-Passage, die aus der Zeitung erfuhren, dass ihre wirtschaftliche Existenz bald vernichtet wird;
- von den zahlreichen Kunden, für die Karstadt der einzige „Vollsortimenter“ war, der auch gut ohne Auto zu erreichen ist;
- von der Stadt, die auch deshalb den „Neumarkt“ aufwendig umbaute, um Karstadt zu halten.

Keine Frage: Konzerne wie Karstadt interessieren solche „kleinlichen“ Interessen wenig.

Was allein zählt ist die maximale Rendite für die Aktionäre!

Es gibt keinerlei Grund, vom neuen „Investor“ HLG etwas anderes zu erwarten! Wohl nur wenige Solinger werden bedauern, dass das Karstadt-Gebäude samt Turm einer modernen und schönen „neuen Einkaufswelt“ weicht. Doch die HLG-Hintermänner wollen nicht 100 Millionen ausgeben, um unsere Innenstadt schöner zu machen und uns Solingern den Einkauf zu erleichtern. Wie skrupellos sie ihre Interessen durchsetzen wollen, zeigt ihr arrogantes Vorgehen in Bezug auf den denkmalgeschützten Hedderich-Pavillon: Unter Umgehung aller Denkmalrechte und demokratischen Gepflogenheiten sollen die Stadt und ihre Bürger erpresst werden: 'Wenn der nicht abgerissen wird, dann bauen wir gar nicht.' Sie wollen einfach nur „Cash“ sehen! Das wird nur auf Kosten anderer Läden und Einkaufszentren gehen. Stirbt die Konkurrenz,

steigen die Preise! „Hochpreisangebote“ sind daher jetzt schon angekündigt. Und das bei wachsender privater Armut in Solingen.

Nur ein „Einkaufstempel“ für die „oberen Zehntausend“ unserer Stadt?

Und wer zahlt die Spesen? Muss die Stadt wieder als „Ankermieter“ erhalten wie bei der neuen Rathausplatzbebauung oder der Clemens-Galerie mit den weit überhöhten Mietpreisen für Stadtbücherei, VHS und Bürgerbüro? Geht die Clemens-Galerie pleite – und das scheint von HLG beabsichtigt, dann muss die Stadt bürgern! Wie naiv sind die Stadtverwaltung, die CDU und die Mehrheit der Ratsparteien, wenn sie dieses neue Projekt kritiklos bejubeln? SOLINGEN AKTIV wird nicht in diesen Jubel einstimmen, sondern kritisch prüfen – so wie die Mehrheit der Solinger!



Die streikenden Kollegen zeigten sich sehr erfreut, als Mitglieder von *SOLINGEN AKTIV* sich mit Solidarität zeigenden Schildern in den Zug der Streikenden einreihen.

Leider war der Ver.di-Funktionär Jürgen Krause da anderer Meinung und empörte sich über die Solidarität von *SOLINGEN AKTIV*: Es handele

sich hier nicht um eine Parteiveranstaltung. Auch wenn es sich bei *SOLINGEN AKTIV* um ein überparteiliches Personenbündnis handelt, sind wir der Meinung, dass die Unterstützung eines Warnstreikes eigentlich auch von anderen Politikern erwartet werden müsste. Allerdings stand dieser Kollege unter den Ver.di-Funktionären und vor allem den streikenden Kollegen mit seiner Meinung allein da.

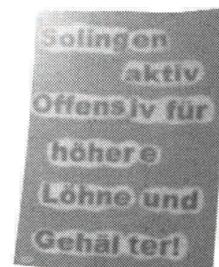
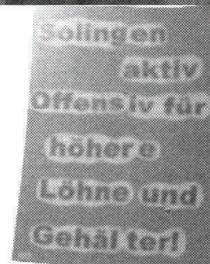
Auch in Solingen legte der öffentliche Dienst am 5. März für einen Tag die Arbeit nieder. Etwa 800 Busfahrer/innen, Erzieher/innen, Müllwerker, Mitarbeiter des Klinikums und der Agentur für Arbeit marschierten teilweise stundenlang durch die Stadt bis zum Graf-Wilhelm-Platz, wo die Kundgebung stattfand.

Vor dem Gebäude der Deutschen Bank in der Innenstadt legten zwei Stelzenläufer eine beeindruckende Persiflage zum Thema Zinszockerei der Kämmerers Schneider und der Deutschen Bank ein. (siehe „Lied der beiden Stelzenmänner ...“ Seite 10)

Erfolgreiche Warnstreiks im öffentlichen Dienst – auch in Solingen!

Gregor Falkenhain vom Ver.di-Landesvorstand riss bei der Kundgebung die in der eisigen Kälte verharrenden Streikenden mit einer kämpferischen Rede mit. Und die anschließenden heißen Rhythmen sorgten für gute Laune, trotz der brisanten Themen.

Die Streikbereitschaft der Ver.di-Kollegen in ganz Deutschland führte auch dazu, dass Innenminister Schäuble den relativ guten Tarifabschluss mit den Worten kommentierte: „Alles besser als ein Streik!“



Mitglied werden

bei *SOLINGEN AKTIV*

Ich möchte Mitglied bei *SOLINGEN AKTIV* werden und zahle einen Mindestbeitrag von:

1,00 Euro

0,50 Euro

_____ Euro (eigene Angabe)

Name: _____

Datum: _____

Straße: _____

Unterschrift: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

(Ich erkenne die Grundsätze von *SOLINGEN AKTIV* an)

Bitte ausschneiden und einsenden an *SOLINGEN AKTIV*
Klemens-Horn-str. 3, 42655 Solingen

Interview mit Frau Ilona Picard, überzeugte Gewerkschafterin und Mitglied von SOLINGEN AKTIV!

– Wir trafen sie bei der Demonstration bei dem Warnstreik am 5. März in Solingen –



Frau Picard, sie haben am 5. März auch an dem Warnstreik im Öffentlichen Dienst teilgenommen, sind sie gewerkschaftlich organisiert?

Ja, seit etwa 23 Jahren in der ÖTV, jetzt Ver.di.

Sie sind beim öffentlichen Dienst beschäftigt, darf ich fragen, in welchem Bereich?

Verwaltungsangestellte

Was war ihr persönliches Anliegen, zu streiken?

Wir haben seit Jahren keine wirkliche Gehaltserhöhung gehabt. Es findet ständig Personalabbau statt. Die Arbeit wird auf die verbleibenden Mitarbeiter umverteilt, was zu starken körperlichen und seelischen Belastungen führt. Da es keine Mitarbeiter-Reserve gibt, wird gerade auch bei Ausfällen durch Krankheiten oder Schwangerschaft auf die ohnehin schon überlasteten Kollegen noch zusätzliche Arbeit verteilt.

Dabei ist es keineswegs so, dass unser Arbeitsplatz sicher wäre. Im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen, wird gerade im Bereich der „kleinen“ Angestellten extremst eingespart.

Es muss ein Umdenken her, denn selbst wenn die „digitale Akte“

kommt, muss es immer noch qualifizierte Mitarbeiter zur Kundenbetreuung und Erfassung der Daten geben.

Hat sich, ihrer Meinung nach, im politischen Bewusstsein der Menschen etwas geändert?

Ja, es hat sich auf jeden Fall etwas geändert. Bei uns haben sogar nicht gewerkschaftlich organisierte Kollegen mit gestreikt, obwohl sie dadurch finanzielle Verluste hatten.

Wie haben sie die Stimmung unter den streikenden Kollegen wahrgenommen?

Die Kollegen waren durchaus bereit, den öffentlichen Dienst komplett lahm zu legen, wenn auf unsere Forderungen nicht eingegangen wird.

Wie ist die Haltung der Ver.di Kollegen zum Beispiel gegenüber dem Streik der Lokführer?

Vom kleinsten Angestellten und Arbeiter bis hin zum Personalrat standen wir voll hinter dem Streik.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften fangen an, aus ihrem Dornröschenschlaf der letzten Jahrzehnte aufzuwachen und ihre Rolle als kämpferische Führung der Arbeiterschaft wieder einzunehmen.

Wie sieht die Unterstützung durch die so genannten linken Parteien, wie die SPD oder die

LINKE hier in Solingen aus?

Es gab meines Wissens nach von diesen Parteien keinerlei Unterstützung. Außer der Solidarität einiger Vertreter von SOLINGEN AKTIV, habe ich auch während des Warnstreiks keine Parteiunterstützung bemerkt.

Sind sie mit dem Abschlüssen, die von den Tarifparteien gemacht wurden zufrieden?

Es ärgert mich, dass wir eine halbe Stunde mehr arbeiten müssen. Eigentlich wird dadurch der Abbau der Stellen weiter gefördert. Je mehr Arbeitszeit wir aufbringen, desto weniger werden Azubis oder Praktikanten gefördert. An der Unsitte der befristeten Arbeitsverträge hat sich auch nichts geändert.

Würden sie weiter streiken auch wenn sie persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssten?

Ja würde ich sofort, wenn es notwendig ist. Weil ich denke, dass man nur organisiert und in der Masse seine Ziele erreichen kann.

Ihr persönliches Resümee?

Die Gewerkschaften sollten kämpferischer werden. Auch der 1. Mai muss wieder zum kämpferischen Tag der Arbeit werden.

Die so genannten Arbeiterparteien sollten sich erinnern, wo ihre Ursprünge liegen und sich ihre Koalitionspartner entsprechend aussuchen

Wir stellen uns vor:



Regine Weiß

**Stadträtin für
SOLINGEN AKTIV und aktiv für die Menschen in Solingen.**

Alter: 60 Jahre

Kinder: 2 erwachsene Söhne, 1 Enkelin

Beruf: Lehrerin an einer Förderschule

Hobbys: Singen, zeichnen und malen, lesen, tanzen, Internet

**Weitere Mitgliedschaften: GEW, Naturfreunde, Frauenverband
Courage, Förderverein internationaler Frauen- u. Initiativentreff**

In den letzten Jahren mussten wir immer mehr Verschlechterungen der Lebensqualität in unserer Stadt hinnehmen. Immer mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze fallen weg. Vielfältige soziale und städtische Einrichtungen gerade auch im Kinder- und Jugendbereich werden gestrichen. Durch Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und an Hortplätzen wird zudem die Möglichkeit der Berufstätigkeit besonders für Mütter stark eingeschränkt.

Nun sollen auch noch alle bestehenden Freibäder und Hallenbäder unserer Stadt zu Gunsten eines neuen Kombibades, das von einem Investor gebaut werden soll, geschlossen werden.

Immer mehr Menschen in unserer Stadt gehen aus Frust und Ärger – auch über die verfehlte Bundes- und Landespolitik, die ihre Entscheidungen überwiegend zu Lasten der einkommensschwächeren Schichten der Bevölkerung trifft – nicht mehr zur Wahl. Demokratie lebt aber davon, dass Menschen sowohl ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, als auch ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erfüllen.

**Und so erreichen
Sie die Stadträtinnen
von SOLINGEN AKTIV:**

Regine Weiß, Telefon 46 336
Gabi Gärtner, Telefon 64 54 935
E-Mail: ratsgruppe@sg-aktiv.de

Wenn man in einer Demokratie mitbestimmen will, muss man bereit sein, in den entsprechenden Gremien mitzuwirken. Von der Arbeit der bisher im Rat vertretenen Parteien, war ich teils sehr enttäuscht, teils schon mit ihren jeweiligen Parteiprogrammen durchaus nicht einverstanden. Das war der Grund dafür, warum ich *SOLINGEN AKTIV* mitbegründet habe, mich als Kandidatin aufstellen ließ und mich um ein Ratsmandat bewarb. Ich setze mich ebenfalls aktiv dafür ein, dass mehr Menschen den Schritt wagen, für ihre eigenen Interessen und die der Gemeinschaft in der sie leben, tätig zu werden.

Meine Arbeit im Rat, zusammen mit meiner Kollegin Gabriele Gärtner, hat mir deutlich gezeigt, dass diese Entscheidung richtig war. Oft konnten wir erkennen, wie gute Ideen und sozial durchdachte Eingaben durch so genannte Fraktionszwänge letztlich gekippt wurden. Ich würde mir wünschen, dass die Ratsmitglieder mehr sachbezogen zusammenarbeiten und entscheiden würden, statt eigentlich positive Anträge abzulehnen, nur weil sie von einer Fraktion gestellt wurden, von der man sich abgrenzen möchte.

Wir haben uns von solchen „Zwängen“ nicht leiten lassen, sondern stets sachbezogen gemäß den Grundsätzen von *SOLINGEN AKTIV* und unserem Gewissen entschieden. So verstehe ich eine richtige politische Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht Partei- und Machtinteressen mit Sachzwängen entschuldigt.

Die Bilder wurden bei der Wahlparty 2004 nach dem Einzug in den Stadtrat aufgenommen.



Gabi Gärtner

Ratsfrau für SOLINGEN AKTIV

Alter: 30 Jahre

**Beruf: gelernte Werkzeugmechanikerin
(Ausbildung beim Solinger Zwillingswerk)
heute tätig in der Landesgeschäftsstelle der MLPD/Düsseldorf**

Hobbys: Sport, Gartenarbeit, Stadtbummeln, lesen

Weitere Mitgliedschaften: IG-Metall, MLPD, Verein für Kryo-Recycling und Kreislaufwirtschaft, TSV Aufderhöhe

Ich bin keine der Politikerinnen, die verspricht: „Wählt mich – dann mache ich alles besser –“. Meine Überzeugung ist, und das bestätigen auch die Erfahrungen in der Solinger Kommunalpolitik, dass viele Menschen gemeinsam aktiv werden, sich für ihre Interessen organisieren, aber auch für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative kämpfen müssen. Nur wer kämpft kann gewinnen! Immer mehr Menschen sind nicht einverstanden mit der herrschenden Politik, ob im Bund, Land oder in Solingen. Aber noch zu wenige werden selbst aktiv. Dazu kann ich sie und euch nur alle ermuntern – nicht umsonst heißen wir SOLINGEN AKTIV!

Entsprechend bringe ich mich selbst aktiv ein und engagiere mich für den Zusammenschluss der Menschen: Seit fast 4 Jahren nehme ich regelmäßig an der Solinger Montagsaktion gegen Hartz IV und die Arbeitsmarktpolitik der Regierung teil. Ich habe das überparteiliche und breit zusammengesetzte Solinger Bündnis, das sich 2005/2006 gegen die Solinger Haushaltspolitik und die Schließungen und Kürzungen bei den Kindertagesstätten einsetzte, mit ins Leben gerufen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter Solinger Betriebe, in denen Entlassung oder sogar Schließung anstand habe ich im Kampf um ihre Arbeitsplätze unterstützt (Olbo, Globus, Hammerstein). Seit meiner Jugend bin ich in der antifaschistischen Bewegung (Mitbegründerin der AG „Weiße Rose“ an der Geschwister-Scholl-Schule) und in der Gewerkschaftsarbeit aktiv. Im Stadtrat stehe ich für die Interessen der Menschen.

Immer wieder höre ich (vor allem von den bürgerlichen Stadtpolitikern) den Vorwurf, ich sei „zu kompromisslos“. Aber ist nicht die angebliche „Kompromissbereitschaft“ der SPD genau das, was zu ihrem Verrat an den Menschen, insbesondere den Arbeitern und „kleineren“ Angestellten, den Arbeitslosen, Frauen und Jugendlichen geführt hat? Ist es nicht das „Co-Management“, das in vielen Betrieben die Spitze von Betriebsräten oder auch Gewerkschaftsführungen zu zahnlosen Abnickern fauler Kompromisse auf Kosten der Belegschaften gemacht hat (siehe VW-Affäre)? Empören sich nicht viele Menschen über die Art von „Kompromissen“, die die Solinger Stadtspitze mit Investoren z.B. für das neue Rathaus abschließt und sich damit für 30 Jahre an übersteuerten Mietpreisen und riskanten Auflagen bindet? Kompromisse müssen sein, wenn sie z.B. dem dienen, mit unterschiedlichen Menschen und Organisationen für berechtigte Dinge zusammen zu arbeiten. Aber ich stehe dazu, kompromisslos zu sein, wenn es auf Kosten der einfachen Menschen geht! Und das steht in Solingens Kommunalpolitik leider meistens auf der Tagesordnung.

Und noch etwas liegt mir am Herzen: mehr Jugendliche und junge Menschen z.B. aus meiner Generation sollten sich aktiv in die Politik einbringen. Meine Erfahrung ist: ohne Jugendliche fehlen der Politik neue Impulse, Ausstrahlung und nicht zuletzt die Zukunftsperspektive. Also bringt euch ein - auch Politik machen lässt sich lernen! Ich würde mich freuen, Sie und Euch bei SOLINGEN AKTIV begrüßen zu dürfen.

Lied der beiden Stelzenmänner „Josef Ackermann“
und „Ernst Schneider“ am Aktionstag von Ver.di
vor der Deutschen Bank in Solingen
am 5. März 2008 um 12 Uhr mittags

Ja was ist denn bloß los hier in Solingen?
Ja was ist denn hier in Solingen passiert?
Schwer zu sagen, doch man könnt es vielleicht so singen.
Hier in Solingen hat sich wer schwer verspekuliert.

Das war der Kämmerer in seinem kleinen Amtskämmerlein,
der wollte einmal in seinem Leben ein Wettkönig sein.

Denn gehen die Kohlen in die Binsen und ist eh nix mehr
zu retten,
denkt sich son Kämmerer da kamma ja ma auf de Zinsen wetten.

Denn auch son Kämmerer in seinem kleinen Amtskämmerlein
möchte einmal in seinem Leben ein Wettkönig sein.

Und der Schneider hätt so gern den Haushalt aufgestockt.
Na, da hat er halt gezockt und es ordentlich verbockt.
Und die Deutsche Bank hat unserem Schneider assistiert
und dafür kassiert und gehofft, dass er verliert.

Und au Backe Mann - ja, das hat er auch getan.
Wacker, Wacker! Schönen Dank Herr Ackermann!

Ja was passiert denn jetzt hier in Solingen
mit dem Kämmerer nach dem Millionen-Flop?
Schwer zu sagen, doch man könnt es vielleicht so singen:
Er kriegt in Solingen nen schönen neuen Job.
Da bekommt er 90.000 Euro mehr im Jahr,
als Trostpflaster, weil er doch kein Wettkönig war.

Ach, er wollt ja nur das Beste unser Kämmerer Schneider.
Er hätt auch gewinnen können, er hat verloren - leider.
Aber er bekommt ja 90.000 Euro mehr im Jahr,
als Trostpflaster, weil er doch kein Wettkönig war.

So sind alle zufrieden und dürfen es auch sein.
Alle können schön was sparen, vielleicht sogar in Liechtenstein.
Nur einer muss wieder meckern, von dem man es schon kennt,
ver.di will diese unverschämten 8 Prozent.

Wer soll das bezahlen, seid ihr noch zu retten?
Die Kohle lässt sich einmal nur verwetten.

Hey 8 Prozent sind nicht drin mangels Masse.
Doch wir haben hier noch son paar Peanuts aus der Portokasse.
Hey 8 Prozent sind nicht drin mangels Masse.
Doch wir haben hier noch son paar Peanuts aus der Portokasse.

(... und die verteilen wir jetzt)

Die Banken zocken – die Bürger zahlen!

Es kann nicht sein, dass der Bürger für Fehlspekulationen von Landesbank und IKB und der Kommune zur Kasse gebeten wird. Noch ist gar nicht klar, ob die 5,4 Mio. Zuschuss, von denen bisher von Seiten der Solinger Stadtparkasse die Rede ist, ausreichen. Weitere drei Milliarden Euro, die abzusichern sind, stehen in der Diskussion. Während allgemein überall die Privatisierung angepriesen wird, werden von den Landesbanken verzockte Gelder und andersherum „vergesellschaftet“ und auf die Steuerzahler abgeladen.

In einem Leserbrief heißt es dazu in der Rheinischen Post vom 22. 1. 2008:

„Die Damen und Herren sind doch sonst schnell bei der Hand wenn es um „ihre“ Steuerzahlungen für den vermeintlichen Schmarotzer geht?

Hier werden gerade Milliarden-Steurgelder verbraten. Für die Finanzindustrie!

Dieselben Herren, die sich sonst den Staat „schlanker“ wünschen, schreien jetzt nach dem Staat, er möge doch bitte, bitte, die Spekulationsverluste übernehmen.

Und die versammelte, gekaufte Politik, übernimmt selbstverständlich gerne die Verluste, damit die Spekulanten ja nur nicht Konkurs gehen, denn: „Wir brauchen diese Casino-Spieler für die nächste Spekulationsrunde“ Verluste werden sozialisiert, Gewinne kapitalisiert! Weiter so, meine Herren Spieler!“

Leserbrief

an die Redaktion
SOLINGEN AKTIV

Gürtel enger schnallen – von der Jugend bis ins Alter?

Die kleinen und schwachen Bürger sollen den Gürtel ganz eng schnallen, damit die Wohlhabenden und Reichen unbehelligt auf ihren ungeheuren Geldhaufen sitzen und sich ungestört vom gemeinen Volk Gedanken machen können: Wie drücke ich mich davor, meinen Profit zu versteuern? Und die Medien tun so, als wäre Steuerhinterziehung etwas Neues.

Obwohl die Reichen seit jeher steuerbegünstigt sind, haben sie Steuern hinterzogen, in der Schweiz, in Monaco, Liechtenstein usw. Es muss sehr schlecht um die Staatsfinanzen stehen, wenn jetzt plötzlich auch diese superreichen Steuerflüchtlinge zur Rechenschaft gezogen werden.

Sogar Frau Merkel sagte: „Die Steuern müssen gesenkt werden.“ Ich frage mich nur, für wen denn? Sie forderte die Politiker auf, sich einfacher auszudrücken, damit wir verstehen können, was sie meinen. Ich meine, wir schauen in unser Portemonnaie und schon haben wir alles verstanden.

Wir sprechen von Altersarmut, was ist mit der Kinderarmut? Die jungen Leute, die tatsächlich eine Arbeit gefunden haben, sind oft nicht in der Lage, von den spärlichen Gehältern ihre Familien angemessen zu ernähren. Wer arbeitslos wird, kann nicht mal alle seine Rechnungen bezahlen.

Gibt es Niemandem zu denken, dass so viele junge Männer aggressiv ausrasten oder junge Mütter von Geldsorgen überlastet ihre Kinder misshandeln, verwahrlosen lassen oder gar umbringen?

Die Daumenschrauben wurden uns angelegt und unerbittlich zugedreht. Man kann seiner Tochter nicht mehr zu einem Frauenberuf mit wenig

Bezahlung raten, weil heute die meisten Frauen im Alter Singles sind und dann von der Minimalrente leben müssen. Bekommt man eventuell von der Stadt einen kleinen sozialen Bonus dazu, dann befindet man sich auf dem gleichen Level wie ein/e Hartz IV Empfänger/in. Damit hat man als Rentner/in den gleichen Lebensstandard, wie Bürger, die ihr Leben lang nicht gearbeitet haben.

Renten sind kein Almosen, Renten sind erarbeitet. Die Diäten steigen ständig, jetzt wieder um 8,5%. Aber nun sollen die Renten nur um 1,1% steigen, das ist doch beschämend!

Warum laufen den großen Parteien die Mitglieder weg? Liegt es vielleicht an der unsozialen Politik, die sie nicht mehr unterstützen wollen?

Das Mobbing unter den Politikern in den höheren Rängen nimmt ständig zu. Ein Satz genügt und schon ist ein gut bezahlter Posten leer. Aber das macht ja nicht viel aus. Politiker fallen nicht in Hartz IV. Sie landen auf einem sanften Ruhekitzchen und können noch andere Einnahmequellen haben. Sie brauchen den Gürtel nicht enger zu schnallen.

Die kleine Frau, der kleine Mann werden unbarmherzig ausgesaugt, wir müssen die Schulden bezahlen, die unsere gewählten Volksvertreter gemacht haben.

Und was ist aus unserer Mittelschicht geworden? Wo ist der goldene Boden des Handwerks geblieben?

Was ist aus unserem reichen Land geworden?

Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.

Schreiben auch Sie an unsere Zeitung:
redaktion@sg-aktiv.de

oder an das Büro von
SOLINGEN AKTIV

Bitte teilen Sie uns auch mit, ob wir
Ihren Namen nennen dürfen

In eigener Sache:

Wir begrüßen sehr, dass Leser unterschiedlichster Auffassungen in unserer Zeitung mit Leserbriefen Stellung nehmen. Diese Leserbriefe verschwinden bei uns nicht im Papierkorb, wie das oft bei den großen Solinger Zeitungen der Fall ist, wenn sie diesen nicht in den Kram passen. Leserbriefe werden von uns auch nicht zensiert. Kürzungen aus redaktionellen Gründen erfolgen nur in Absprache mit den Verfassern.

Wenn Artikel jedoch bestimmten Grundauffassungen von **SOLINGEN AKTIV** widersprechen, behalten sich Vorstand und Redaktion das Recht auf kurze Kommentare vor. Dies gilt auch für nebenstehenden Leserbrief:

1. Wenn es Menschen sozial und materiell schlecht geht, kann das zweifellos eine Grundlage sein, dass sie ihr Leben nicht mehr richtig in den Griff bekommen. Aber es darf niemals auch nur eine indirekte Rechtfertigung oder Erklärung dafür sein, dass „junge Männer aggressiv ausrasten oder junge Mütter ... ihre Kinder misshandeln, verwahrlosen lassen oder gar umbringen.“

2. Man konnte unseres Erachtens noch nie „seiner Tochter zu einem Frauenberuf mit wenig Bezahlung raten“ - unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder Single. **SOLINGEN AKTIV** tritt für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ein und hält es grundsätzlich für richtig, dass junge Frauen einen Beruf mit guter und gleicher Bezahlung wie Männer haben, unter anderem auch wegen der Rente.

3. Es ist für Frauen, die in ihrem Leben viel geleistet haben – ob mit oder ohne sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – empörend und erniedrigend, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Genauso empörend ist das aber auch für Menschen, die nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – und oft nach jahrzehntelanger Arbeit – in Hartz IV abstürzen. Man darf nicht, wie im Leserbrief, Hartz-IV-Empfänger gleichsetzen mit Menschen, die nie gearbeitet haben.

Vorstand und Redaktion

15 Jahre Brandanschlag – Erinnerungen einer Solinger Bürgerin

Ich erinnere mich noch sehr genau, Pfingsten vor 15 Jahren. Meine Familie und ich wollten bei dem herrlichen Wetter einen Ausflug machen. In einem Schnellrestaurant in der Nähe von Koblenz hörten wir im Radio die Nachricht von dem furchtbaren Brandanschlag mit Toten auf das Haus an der Unteren Wernerstrasse. Uns verging die Lust auf einen fröhlichen Ausflug und wir fuhren zurück nach Solingen.

Wir sind natürlich sofort in die Stadt um an den Demonstrationen teilzunehmen, zu zeigen, dass wir als Deutsche nicht einverstanden sind mit solchen Verbrechen. Das nicht alle Deutsche Nazis sind. Aber was wir dann erlebten hatten wir so einfach nicht erwartet. Diese Gewalttätigkeit, so etwas kannte ich bis dahin nur aus den Nachrichten, wenn mal wieder von Rassenkrawallen in der Bronx die Rede war.

Gewalt von allen Seiten. Türken gegen deutsche Läden, Türken gegen Türken, dazwischen auf allen Seiten Fassungslosigkeit wegen des abscheulichen Verbrechens. Mitleid mit der Familie Genc. Wut auf die Politiker, die sich nicht zu irgendwelchen Handlungen entschließen konnten. Überall Gerüchte. Die völlig überforderte Polizei. Und vor allem die Presse!

Bis dahin hatte ich noch in etwa an die Wahrheit der Fernsehnachrichten geglaubt. Aber nachdem ich in

der Woche nach dem Brandanschlag täglich bei den antifaschistischen Demos dabei war, habe ich den Glauben an die Lauterkeit auch der öffentlich-rechtlichen Sender verloren. Mit eigenen Augen habe ich zum Beispiel gesehen, wie eine Reporterin türkischen Jugendlichen Geld gab, mit der Aufforderung doch mal ein bisschen Krawall zu machen. Und solche Vorfälle gab es einige.

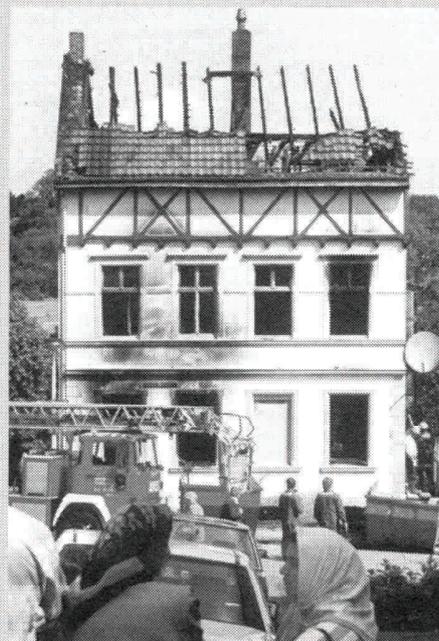
Auch die Polizei zeigte sich nicht gerade von ihrer besten Seite. Als ein türkischer Demonstrant, mit einem Schraubenzieher in den Hals gestochen, vor unseren Füßen zusammenbrach und ich ein paar Schritte weiter den Fahrer eines Polizeibullis bat, über Funk einen Sanitäter zu rufen, hat dieser sich geweigert. Selbst Verbandsmaterial weigerte er sich herauszugeben. Allerdings konnte ich auch beobachten, wie ein Polizist sich rührend um

zwei kleine türkische Mädchen kümmerte, die offenbar die Familie verloren hatten.

Als nach einer Woche der Spuk vorbei war, ging es weiter. Gerüchte kamen auf, wer denn nun wohl wirklich schuld war. Schlampige Ermittlungen, vor-schneller Abriss der Brandruine. All das wirkte nicht überzeugend. Dann die immer wieder neuen Vermutungen, was denn nun mit den Spendengeldern geschieht. Manchmal hatte ich das Gefühl, über der ganzen Politik hat man eins vergessen:

Es hat 5 tote Frauen und Mädchen gegeben. Grauensvoll gestorben bei einem sinnlosen Anschlag. Und die schwer Brandverletzten, die heute noch an den Folgen leiden. (M. Plag)

**Deshalb darf
nie wieder so etwas
passieren!**



Gedenkveranstaltungen

**29.5.08, 18 Uhr
Mahnmal Mildred-
Scheel-Schule**

**29.5.08, 19 Uhr
Untere Wernerstr./
Ecke Schweizer Str.**

**31.5.08, 12 Uhr
Mühlenplatz
Demonstration:
„15 Jahre danach:
Rassismus und
Neofaschismus
bekämpfen!“**

14 Monate vor der Wahl: Wer will mit wem...?

Heiße Diskussionen um mögliche Koalitionen!

Mit Interesse verfolgen Mitglieder, Vorstand und Stadträtinnen von *SOLINGEN AKTIV* die hysterische Diskussion über eine mögliche Koalition der Solinger SPD mit der Solinger Linkspartei. Angesichts der dramatischen Stimmenverluste der SPD (aber auch der CDU und FDP) auf Bundesebene ist nun bereits über 1 Jahr vor der Kommunalwahl der Machtkampf entbrannt.

Gut erinnern wir uns daran, dass auch der Einzug von *SOLINGEN AKTIV* in den Stadtrat mit plumpen antikommunistischen Verleumdun-

gen und Angriffen verhindert werden sollte. Da auch die Solinger Linkspartei die unsoziale Politik der SPD/CDU-Fraktion angreift, ereilt sie nun dasselbe Schicksal. Besonders hervorzuheben ist einmal wieder CDU-Parteichef Fabian Kessler, dessen antikommunistische Wortschatz-Kiste anscheinend unerschöpflich ist. Er weitet seine Abgrenzungsbemühungen gleich noch auf weitere Parteien aus, ohne zu wissen, ob diese überhaupt bei der nächsten Kommunalwahl antreten.

SOLINGEN AKTIV wird selbstverständlich wieder antreten, kann sich aber im Übrigen eine Koalition mit der CDU, die feder-

führend die ständige Verschlechterung der Lebenslage der Solinger Bevölkerung mit zu verantworten hat, auch nicht vorstellen. Natürlich freuen wir uns, dass Herr Kessler eine Koalition mit der NPD ausschließt, obwohl man das eigentlich von einem, sich selbst als Oberdemokrat darstellenden Politiker, erwarten kann.

Homepage

von *SOLINGEN AKTIV*

Informieren Sie sich auf unserer Homepage: www.sg-aktiv.de

TERMINE

SOLINGEN AKTIV

Samstag: 26.04.2008

11 - 13 Uhr
Infostand *SOLINGEN AKTIV*
Solingen-Mitte, vor Kaufhof

Donnerstag: 01.05.2008

1. Mai-Demonstration und Kundgebung des DGB und Infostand *SOLINGEN AKTIV*
Treffpunkt zur Demonstration: 10 Uhr
Parkplatz Birkerstraße (Hauptpost)
Beginn der Kundgebung auf dem Fröhof um 11 Uhr

Samstag: 03.05.2008

11 - 13 Uhr
Infostand *SOLINGEN AKTIV*
Solingen-Wald,
Eingang Rundling

Montag: 05.05.2008

18 Uhr
Montagsaktion gegen Hartz IV
vor Woolworth,
(Obere Hauptstr.)

Mittwoch: 07.05.2008

19 Uhr
Stammtisch *SOLINGEN AKTIV*
Café Stückgut (Südpark)

Montag: 19.05.2008

18 Uhr
Montagsaktion gegen Hartz IV
vor Woolworth,
(Obere Hauptstr.)

Donnerstag: 22.05.2008

(Fronleichnam) 17 Uhr
Mitgliederversammlung von
SOLINGEN AKTIV
Cafe Courage,
Klemens-Horn-Str. 3

Samstag: 31.05.2008

11 - 12 Uhr
Infostand *SOLINGEN AKTIV*
Solingen-Mitte, vor Kaufhof

Montag: 02.06.2008

18 Uhr
Montagsaktion gegen Hartz IV
vor Woolworth,
(Obere Hauptstr.)

Mittwoch: 04.06.2008

19 Uhr
Stammtisch *SOLINGEN AKTIV*
Café Stückgut (Südpark)

Samstag: 07.06.2008

11 - 13 Uhr
Infostand *SOLINGEN AKTIV*
Solingen-Wald,
Eingang Rundling

Was für ein Demokratieverständnis herrscht bei der Linkspartei in Solingen?

Mit Erstaunen konnten wir am 9. April in der „Solinger Morgenpost“ von einem Beschluss des Solinger Ortsvorstandes der Partei „Die Linke“ lesen, „keine Listenverbindungen mit DKP, Solingen Aktiv sowie MLPD einzugehen.“ Auch „einzelnen Mitgliedern dieser Organisationen soll die Zusammenarbeit verwehrt bleiben.“

Das klingt ja fast wörtlich wie das trotzige Schlagwort der „wehrhaften Demokratie“ gegen alle so genannten „Extremisten“ – ansonsten doch eher ein Steckenpferd strammer CDU-Repräsentanten.

Ist die „Linke“ nun „wehrhafte Schutzmacht dieses Staates“, oder „Schutzmacht der kleinen Leute“ – wie Gerd Schlupp, einer der Linken-Vorsitzenden, neulich in der Zeitung schrieb?

„Schutzmacht der kleinen Leute“ – das heißt nach dem demokratischen Verständnis von SOLINGEN AKTIV, mit allen zusammenarbeiten, die sich ebenfalls diesem Anspruch in Wort und Tat verschrieben haben. SOLINGEN AKTIV hat in den letzten

vier Jahren nachhaltig bewiesen, Kommunalpolitik für und vor allem mit den so genannten „kleinen Leuten“ zu machen. (Nebenbei: diese „kleinen Leute“ haben sich in ihrem Denken und Handeln meist als viel „größer“ erwiesen, als die klein karierten, engstirnigen und egoistischen „großen Leute“, die unsere Stadt regieren.)

Und weil das unser Maßstab und unser Hauptprinzip als überparteiliches Bündnis ist, gibt es bei uns auch keinerlei Ausgrenzungen gegenüber Vertretern verschiedener Weltanschauungen und Parteien, wenn sie hier an einem gemeinsamen Strang ziehen. Denn bekanntlich haben die Gegner der „kleinen Leute“ die politische Macht – und wir sind an unserem Ende des kommunalpolitischen Strickes umso stärker, je mehr Kräfte gemeinsam daran ziehen.

Warum also die Ausgrenzungen durch „Die Linke“? Sollte es vor allem darum gehen, sich bei der SPD Liebkind zu machen und so vielleicht an Pöstchen zu kommen? Bei einer

SPD, die uns auf Bundesebene Hartz IV und die Agenda 2010 eingebrockt hat und die örtlich gemeinsam mit der CDU im Wesentlichen alle sozialen Schandtaten der letzten Jahre mitgetragen hat?

SOLINGEN AKTIV ist ein überparteiliches Bündnis und tritt auf kommunaler Ebene für eine überparteiliche Zusammenarbeit ein. Wir sind daher im engeren Sinn auch kein „linkes“ Bündnis. „Die Linken“ brauchen schon von daher keine Sorge zu haben, dass wir auf ihre Listen wollen. Wir werden in bewährter Form wieder kandidieren und laden anders herum auch alle engagierten – und damit auch „linken“ Kräfte – ein, diesen Kurs des gemeinsamen Vorgehens zu unterstützen.

Und sollten SOLINGEN AKTIV und „Die Linke“ im nächsten Rat vertreten sein, können wir uns eine Zusammenarbeit in Sachfragen durchaus vorstellen – aber nur wenn „Die Linke“ ihren Absichtserklärungen treu bleibt und nicht mit SPD-Fraktionschef Lauterjung Kindergärten, Schulen und Bäder schließen lässt.

Solingen geht baden

Unter diesem Motto nahm SOLINGEN AKTIV auch dieses Jahr wieder am Rosenmontagszug teil.

„De Ühm Franz is nen fiesen Möpp!“ beklagte sich der kleine Schwimmer, weil er seine geliebten Solinger Schwimmbäder weggenommen bekommt.

Die mit Badeutensilien ausgestatteten AKTIVEN ließen sich trotz des nassen und kalten Wetters nicht die gute Laune verderben und warfen zentnerweise Kamelle unter das Volk.



Auf die Melodie des bekannten Liedchens "Pack die Badehose ein" sangen die Jecken von SOLINGEN AKTIV immer wieder ihr Liedchen:

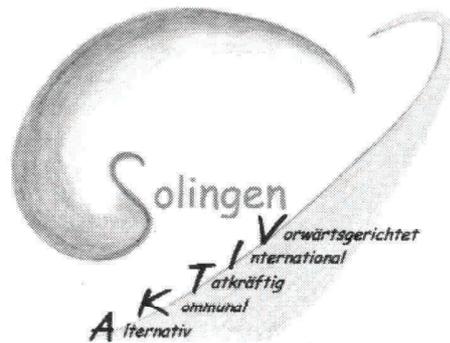
*Pack die Badehose aus,
denn wir bleiben heut zuhause.
Denn im Solig gibt's kein
Schwimmbad.*

*Deine kleine Schwester weint,
weil die Sonne so schön scheint.
Doch im Solig gibt's kein
Schwimmbad.*

*Ach wir würden so gern schwimmen
Im Schellbergtal, das wäre cool.
Weißt du was?
Wir geh'n stattdessen
In den Bürgermeisterpool.*

*Pack die Hose wieder ein,
nimm dein kleines Schwesterlein,
denn Herr Haug wird ja wohl
zuhause sein.*

SOLINGEN AKTIV – eine neue Art von Kommunalpolitik



Alle Kandidaten von SOLINGEN AKTIV haben die bei der Mitgliederversammlung im März 2004 beschlossenen Kandidatengrundsätze zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht. Darin heißt es unter anderem:

Wir verpflichten uns in unserer Arbeit:

- eine **regelmäßige Präsenz vor Ort** in unserem Wahlkreis, den persönlichen Kontakt im Wohngebiet und mit Institutionen im Wahlkreis zu pflegen;
 - den **Menschen zu helfen, sich für ihre Interessen zusammen zu schließen**, sie zum Ausdruck zu bringen und dafür aktiv zu werden;
 - dazu beizutragen, dass immer mehr Menschen – nicht zuletzt in unserem Wahlkampf – aktiv und dauerhaft organisiert tätig werden;
 - uns **streitbar und offensiv**, aber immer um Sachlichkeit und wo es möglich ist, um Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Initiativen bemüht, auseinander zu setzen;
 - uns Stück für Stück **schlau zu machen** über die Fakten, Strukturen, Probleme, Anliegen im Wahlkreis, sowie ihre Hintergründe und Zusammenhänge;
 - eng **mit allen anderen Mitgliedern von „SOLINGEN AKTIV“ zusammen zu arbeiten**, selbst im Wahlkampf praktisch aktiv zu werden, Ideen zu entwickeln, an allen wichtigen Treffen teilzunehmen – oder uns zu entschuldigen, wenn wir verhindert sind und uns um die entsprechenden Informationen nach dem Treffen zu kümmern;
 - **offen zu sein für alle Anregungen**, Anfragen und kritische Hinweise;
 - uneigennützig und ohne Schielen auf persönliche Vorteile zu arbeiten, keinerlei **Zuwendungen** in Geld – oder Sachspenden für uns persönlich **anzunehmen**, sondern diese an die verantwortlichen Stellen weiterzuleiten;
 - in allen Bereichen einen aktiven Beitrag zur Finanzierung unserer Arbeit zu leisten
 - gegenüber SOLINGEN AKTIV **Rechenschaft** über unsere Arbeit abzulegen.
- Diese Grundsätze galten nicht nur vor der Wahl**, sondern sind die Grundlage, auf der unsere Ratsmitglieder im Rat arbeiten. Dies haben sie mit den öffentlichen Rechenschaftsberichten und der Abführung aller Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder an SOLINGEN AKTIV zum Ausdruck gebracht.

Die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV einstimmig verabschiedet von der Gründungsversammlung am 13.12.2003

1. Wir sind ein Bündnis von Personen, die sich durch die Parteien, die bisher im Stadtrat sind, nicht vertreten fühlen. Deshalb wollen wir aktiv kommunalpolitisch tätig werden.
2. Wir fühlen uns den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und wollen ihr Sprachrohr im Rathaus sein.
3. Wir wollen auch andere Betroffene ermutigen, für ihre Belange selbst einzutreten und werden sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.
4. Wir sind überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.
5. Wir stehen für die Gleichberechtigung aller in Solingen lebenden Menschen ein und wollen ihr solidarisches Miteinander fördern. Wir verstehen die kulturelle Vielfalt unserer Stadt als Bereicherung, die wir bewahren und fördern wollen.
6. Wir arbeiten auf antifaschistischer Grundlage und schließen die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.
7. Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten